

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPÆ

**FCE 5/09**

**EUROPA ALS AUFLAGENKILLER –  
ERFAHRUNGEN ZWEIER JOURNALISTEN**

**NIKOLAUS BLOME**

LEITER DES HAUPTSTADT-KORRESPONDENTENBÜROS DER BILD-ZEITUNG

UND

**BERND ULRICH**

RESSORTLEITER POLITIK UND STELLVERTRETENDER CHEFREDAKTEUR DER ZEIT

**Podiumsdiskussion an der Humboldt-Universität zu Berlin**

**am 2. Juli 2009**

**- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -**

*Das Forum Constitutionis Europæ ist eine gemeinsame Veranstaltung des  
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

## Nikolaus Blome:

Sehr geehrter Herr Professor, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung, für die Gelegenheit hier kurz sprechen zu dürfen und danach hoffentlich zu diskutieren. Es ist mir eine Ehre und ein Vergnügen. Und ein Vergnügen ist auch der Titel des heutigen Abends, der zwar das Copyright des Kollegen *Bernd Ulrich* trägt, aber eigentlich so klingt, als käme er vom Boulevard, nämlich von der *BILD*-Zeitung. Dieser Titel lautet: „Europa als Auflagenkiller“.

Jene, die die Frage, ob Europa ein Auflagenkiller ist, professionell oder als Leser mit „Ja“ beantworten, haben gerade vor nicht allzu langer Zeit sehr gute Argumente für dieses „Ja“ erhalten, nämlich einen – wie ich finde – hohlen Europawahlkampf und eine entsprechend desaströse Beteiligung bei der Wahl. Und wie es so ist, wenn etwas schief läuft, werden hinterher Schuldige gesucht; das regeln dann die Medien und die Politiker meistens unter sich, was sich deshalb gut trifft, weil sie beide weit hinten, ganz weit unten auf der Skala der öffentlichen Achtung stehen. Die Politiker sagen den Medien: „Ihr habt zu wenig erklärt!“ und die Medien rufen zurück: „Ihr seid zu weit weg von den Menschen!“ Klar ist: Europa als Zeitungsthema zieht schlecht, und zwar im Boulevard, also bei der *BILD*-Zeitung, ähnlich wie in jeder regionalen Tageszeitung oder gar in Wochenzeitungen wie *DIE ZEIT*.

Um zu beantworten, warum das so ist, muss man leider noch ein paar andere Fragen stellen, zum Beispiel: Wann verkauft sich Politik in der Zeitung, wann interessiert Politik und welche Politik interessiert? Und dazu sind ein paar ganz einfache Bedingungen zu erfüllen. Es muss um Personen gehen, es muss um Emotionen gehen, es muss relevant sein und es muss einen „Küchenzuruf“ geben. Küchenzuruf – das sagt den Journalisten etwas, vielleicht Ihnen hier im Saal nicht so viel. Es stammt von *Henri Nannen*, dem legendären Gründer des *Stern*. Der Küchenzuruf ist das, was eine Geschichte haben muss, wenn sie gut sein soll, wenn sie lesbar sein soll, sie verkaufbar sein soll: Man muss seine Geschichte so zusammenfassen können, dass man den Kern aus dem Wohnzimmer durch die geöffnete Tür in die Küche rufen kann, und zwar dort, wo mit Töpfen geklappert wird, wo in der Pfanne gerade das Steak verbrennt, also wo die Aufmerksamkeit bestimmt nicht ungeteilt ist. Das ist der Küchenzuruf. Und jetzt versuchen Sie mal, das Contre-Filet-Verfahren zwischen der Kommission und dem Rat oder der Kommission und dem Europäischen Parlament als Küchenzuruf zu verpacken. Versuchen Sie den Unterschied der doppelten Mehrheit zwischen Nizza und Lissabon zu erklären. Das Einzige, was Sie dann aus der Küche zurück gerufen bekommen, ist mutmaßlich: „Nein, es gibt keine Pizza“. Das Relevanzkriterium – und dies gilt besonders für EU-Themen –, das Relevanzkriterium, dass es die Leute angehen und ihr Leben auch betreffen muss, trifft zwar auf EU-Themen zu, und zwar mehr noch als auf viele, viele andere Bereiche, über die politisch berichtet wird. Es gibt Berechnungen, wonach 70%, vielleicht sogar 80% der alltagsrelevanten Regelungen in Deutschland inzwischen aus Brüssel kommen, aus Brüsseler Räten, aus der Brüsseler Kommission, von der EU insgesamt. Aber sie schaffen es nur im Ausnahmefall auf die Seite 1 der *BILD*-Zeitung oder auch der anderen Zeitungen. Ein rühmliches Ausnahmebeispiel war zuletzt die Regelung über die kompatiblen, für alle Geräte nunmehr gleichen Handyladekabel. Das betrifft nun zigmillionen Menschen und prompt schafft es so etwas auf die Seite 1 der *BILD*-Zeitung. Das zeigt: Wir haben keine Scheu vor Europathemen, wir haben keine generelle Abneigung. Aber wir wollen diese Relevanz sehen oder aber es müssen ein paar Zutaten dazu kommen, wenn wir es als eine politische Geschichte erzählen wollen. Ich nannte einige schon: Personen und Emotionen. Dann klappt's auch mit der Einschaltquote für EU-Themen.

Erinnern Sie sich an die europaweite Aufregung über BSE; an die Spaltung Europas im Irak-Krieg, die eine Hälfte dafür, die andere Hälfte dagegen; an Irlands „Nein“ zum Lissabon-Vertrag; an die Skandale; an den Bann gegen Österreich, als die FPÖ in die Regierung kam? Alles europaweit diskutierte Themen, auch das Karlsruher Verfassungsurteil, wie wir gerade hörten, wird europaweit diskutiert. Mich persönlich interessiert es dann gar nicht so sehr, ob es in diesem Augenblick eine wirkliche definitionsgemäße europäische Öffentlichkeit gibt, was immer das ist. An der Universität Salamanca (so habe ich einmal gelesen) wurde im Mittelalter mehrere hundert Jahre lang darüber philosophiert, in welcher Sprache die Engel sprechen. Das erinnert mich an die Frage, ob es eine europäische Öffentlichkeit gibt. Es gibt auch keine „Bundesliga“-Öffentlichkeit, d. h. es gibt sie natürlich, aber jeder Fußballfan schaut auf die Bundesliga durch seine 18fach unterschiedliche Vereinsbrille. Für den Schalke-Fan spielt der Bundesligafilm ganz anders als für den Mainz-05-Fan: Der eine hofft auf die Meisterschaft und der andere hofft auf Klassenerhalt. Insofern weiß ich gar nicht, ob wir wirklich einer europäischen Öffentlichkeit so hinterher jagen wollen oder ob es eine Überforderung ist, sowohl der Medien als auch des Publikums.

Zurück zur eigentlichen Frage: Warum verkauft sich europäische Politik so schlecht in den Zeitungen? Vorsicht mit schnellen Antworten! Es hat nichts mit der Nähe zu tun, denn wenn es die Nähe wäre, dann müsste ja Landes- und Kommunalpolitik viel besser als Bundespolitik gelesen werden und für Interesse sorgen. Wahr ist aber, dass für Kommunalpolitik und Landespolitik sich keiner interessiert oder zumindest so gut wie keiner. Bundespolitik dagegen wird gelesen. Vorsicht auch mit der Antwort „Europa ist so viel komplizierter als die Bundespolitik“. Wir haben mal den Versuch unternommen, Leuten auf der Straße zu erklären oder uns erklären zu lassen, wie ein Mitentscheidungsverfahren in der Europäischen Union zwischen Rat und Kommission und Europäischen Parlament funktioniert, es konnte keiner beantworten. Aber ebensowenig konnten die Leute erklären, wie es zwischen Bundestag und Bundesrat zugeht. Dies werden wir demnächst wieder häufig spielen, dann werden die *BILD-Zeitung*, *DIE ZEIT* und alle anderen Zeitungen wieder viele Erklärkästen drucken, wenn wir sagen müssen, was ein Einspruchsgesetz ist, was ein zustimmungsbedürftiges Gesetz ist, etc. Weil die nächste Bundesregierung, so viel kann man ja schon sagen, auf gar keinen Fall eine Mehrheit im Bundesrat haben wird, also der Vermittlungsausschuss, das undurchschaubarste Gremium in der ganzen bundesrepublikanischen Aufstellung, das Sagen haben wird. Das ist mindestens so kompliziert wie das, was sich in Europa abspielt. Nähe kann also nicht erklären, warum Bundespolitik interessiert, doch Europapolitik nicht, Kompliziertheit auch nicht; was ist es dann? Noch einmal: Es sind Personen und Emotionen. Politik ist dann gut zu verkaufen, wenn man sie erzählen kann und nicht erklären muss. Und da geht es um Antagonismen zwischen Regierung und Opposition, Sieg und Niederlage, Aufstieg und Fall, Gewinnern und Verlierern. Dies summiert sich, wenn es gut geht und gut gemacht ist, zu einer großen politischen Erzählung, die in vielen, vielen Facetten und vielen, vielen Häppchen erzählt und dargeboten wird in den Zeitungen, in den großen wie in den kleinen. Und diese Erzählungen wollen nicht nur krawallsüchtige Journalisten hören, sondern in Wahrheit ja alle. Weil es viel spannender ist, einer Erzählung zuzuhören als einer Erklärung zu folgen. Politik kann mitreißend schön sein, hinreichend grausam zudem. Das alles kann man erzählen, aber eben nicht in Europa. Und da liegt der Hase im Pfeffer: Es fehlt an diesen Paaren – Sieg und Niederlage, Aufstieg und Fall, Regierung und Opposition, und immer dann, wenn es mal ausnahmsweise dazu kommt, dann funktioniert europäische Politik auch sofort als Verkäufer, als politische Darstellung, als Zeitungsauflagentreiber und nicht -killer. Ich erinnere nur, wie *Romano Prodi* 1999 seine Kommission installierte. Er nannte sie die „Regierung Europas“ und das war ungeheuer vollmundig, wahrscheinlich auch größenwahnsinnig. Aber es stellte sofort einen Antagonismus her zwischen ebendieser „Regierung Europas“ und den anderen Regierungen, die glaubten, sie seien die einzigen in Europa. Und mit diesem einen Satz hatte man für Monate, beinahe Jahre ein Spannungsfeld aufgebaut, in dem man Geschichten

erzählen konnte aus Brüssel. Wer hat eigentlich hier die Macht? Wer ist hier eigentlich oben und unten? Wer ist Gewinner und Verlierer? Und andersrum funktioniert das Beispiel leider auch. *Romano Prodi* stand einer leicht rot angehauchten Kommission vor, der Rat war mehrheitlich aus sozialdemokratisch-liberal geprägten Ministerpräsidenten und Regierungschefs besetzt. Aber das Europäische Parlament damals – 1999 frisch ins Amt gekommen – hatte annähernd eine schwarz-gelbe Mehrheit. Der Fraktionschef der EVP, also der christdemokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament, war damals *Hans-Gert Pöttering*. Den haben wir gefragt: „Wollen Sie nicht der Oppositionsführer sein, als Oppositionsführer gegen den ‚rosa-roten Rat‘ und gegen die ‚rosa-rote Kommission‘ antreten? Dann bringen wir Sie jeden Tag in die Zeitung.“ Immerhin handelte es sich dabei um die *Welt*, also die Nummer 3 der Tageszeitungen in Deutschland. Er hat 24 Stunden überlegt und dann abgesagt. Das haben wir sehr bedauert und er – glaube ich – auch, denn fast jedes Mal, wenn ich ihn in all den Jahren seither getroffen habe, kommt er auf jenen Nachmittag wieder zurück, wo wir da gesessen haben und ihm gesagt haben, jetzt ist einmal die Gelegenheit da, aus Europa ein parlamentarisches Spiel zu machen zwischen Opposition und Regierung.

Nun wäre es gemein zu sagen, dass die Quittung dafür eine Umfrage ist, die der *Stern* vor wenigen Wochen veröffentlicht hat, kurz vor der Europawahl, bei der sich herausstellte, dass *Silvana Koch-Mehrin* die mit Abstand bekannteste Europa-Politikerin in Deutschland ist und nicht Herr *Pöttering*, der es seit 30 Jahren macht, der in seiner eigenen Partei von 3% der Befragten erkannt wird und in der Bevölkerung von 2%. Wie gesagt, ich will keine Häme über ihn ausgießen, aber möglicherweise hat das eine doch einen Tick mit dem anderen zu tun.

Personalisierung und Emotion – ich komme noch ein allerletztes Mal darauf zurück. Das kann natürlich nur dann entstehen, wenn es eine gewisse Kontinuität gibt. Da lässt der Lissabonner Vertrag hoffen. Dann wird es ja immerhin das jeweils für zweieinhalb Jahre besetzte Amt eines EU-Ratspräsidenten geben, der nicht viel Macht haben wird, aber immerhin dieses Heckmeck des alle sechs Monate sich abwechselnden Ratspräsidenten ablöst. Das ist schon mal etwas, denn es geht nicht anders, über Politik zu berichten. Da müssen die Protagonisten schon auf dem Feld bleiben und dürfen nicht alle sechs Monate ausgewechselt werden. Wenn ich ehrlich bin, stammt der beste Vorschlag zu diesem Thema von *Joschka Fischer* – 12. Mai 2000, hier an dieser Uni. In seiner Rede machte er den Vorschlag, den wichtigsten, prominentesten Politikern der nationalen Parlamente auch ein Mandat im Europaparlament zu geben, ihnen ein Doppelmandat zu geben. Warum? Damit sie ihre Popularität, ihr Renommee, ihr Know-how, vielleicht auch ihr Können, aus den nationalen Hauptstädten mit nach Brüssel nehmen und auch das Kamerateil, die Aufmerksamkeit der Medien mit nach Brüssel ziehen. Daraus ist natürlich nichts geworden, wie Sie alle wissen. Leider ist die Rede fast vollständig der Vergessenheit anheim gefallen, aber vielleicht – und da schließt sich der Kreis zu dem, was Professor *Tomuschat* gesagt hat – , vielleicht bringt das Verfassungsgerichtsurteil ja doch etwas, nämlich diesen Weg, den *Joschka Fischer* beschrieben hat, nur in umgekehrter Richtung. Vielleicht zieht das nationale Parlament, der Bundestag, Europa nach Deutschland und bringt die Aufmerksamkeit über diese Ecke, über diese Bande, dann nach Brüssel zurück. Ich kann es nur hoffen. Brüssel hat diese Aufmerksamkeit längst verdient. Aber wie gesagt, Europapolitik muss vor allen Dingen erzählen und dann wird daraus nicht mehr länger ein Auflagenkiller, sondern hoffentlich eine Auflagenrakete, was uns in der Medienkrise auch nicht schlecht täte.

Danke!

## Bernd Ulrich:

*Frage:*

Muss man Politik als Schauspiel inszenieren, damit sie interessant wird und überhaupt ein tauglicher Gegenstand für die Medien?

*Ulrich: Ja! (leises Gelächter)*

Und erst einmal schönen Dank, dass ich hier sein darf, an der Uni bin ich immer sehr gerne. Wer jetzt erwartet hat, dass zu dem Thema eine Kontroverse zwischen dem *BILD*-Zeitungsredakteur und dem *ZEIT*-Redakteur stattfindet, den muss ich enttäuschen. Es gibt große Unterschiede zwischen unseren beiden Zeitungen, aber nicht so sehr zwischen *Nikolaus Blome* und mir. Ich könnte es mir natürlich leicht machen und sagen: „Na, wir sind so eine niveauvolle Zeitung, wir können viel längere und differenziertere Artikel über die EU bringen, tun wir auch“. Aber das ist ja klar, wir bringen über viele Themen längere und differenziertere Artikel, das ist einfach eine andere Zeitung.

Trotzdem, im Spektrum der Themen, die wir behandeln, ist Europa ein echtes Problem. Wenn wir es auf die Seite 1 bringen, wissen wir genau, dass es sehr, sehr viel Geld kostet. Wenn wir eine Titelgeschichte daraus machen, sinkt die Auflage und wir können uns eine Tapferkeitsmedaille anheften, aber wir haben einen Verlust gemacht, weswegen wir auch nicht sehr tapfer sind und Europa ganz selten nur zur Titelgeschichte machen. Also insofern haben wir in verschiedenen Medien dasselbe Problem.

Die Frage, die man vielleicht zuerst stellen muss, ist: „Warum ist das überhaupt wichtig?“ Man könnte auch sagen: „Na gut, dann kommt halt weniger EU vor.“ Und ich sage ihnen ganz offen: Wir bringen nach meinem Dafürhalten auch zu wenig über Afrika, was mir wesentlich mehr moralische Probleme bereitet als dass wir zu wenig über die EU machen.

Was ist dann das Problem? Wir haben keine Mission. Wir haben keine Mission für Europa. Unsere Hauptmission liegt darin, dass wir eine rechtschaffene Berichterstattung über die Welt machen. Da gibt es ein paar moralische Korrekturen, aber im Prinzip ist die letzte Instanz der Leser. Und wir versuchen zu erkennen und zu erahnen, was den Leser interessieren könnte, und danach machen wir unser Blatt. Und wir gehen davon aus, dass die EU nicht sehr interessiert, also gibt es Schwierigkeiten, sie ins Blatt zu bringen.

Warum ist es schwierig? Einen einzigen Punkt, den ich daran wirklich problematisch finde, ist nicht die Sorge um die EU, sondern die Sorge um die Demokratie. Weil wir in der Tat in den letzten Jahren und Jahrzehnten (und mit Lissabon wird das noch stärker werden) ein Auseinanderfallen zwischen der relevanten Politik und der inszenierten Politik haben. Man könnte auch sagen, inszenierte Politik ist operativ nicht mehr so bedeutsam, d. h. die Politik, zu der keiner mehr hinguckt, entscheidet über die Menschen. Und das ist vor allem ein Problem für die inszenierte Politik, weil die Leute nicht doof sind und irgendwann merken: Da wird uns etwas vorgespielt, aber die Entscheidungen kommen auf ganz anderen Wegen zustande.

Das ist ein ernstes Problem und wir fühlen uns als Zeitung sozusagen in staatsbürgerlicher Verantwortung, und deswegen machen wir uns an diesem Punkt sehr viel Gedanken.

Also, warum kommt Europa so wenig vor? *Nikolaus Blome* hat ein paar Gründe genannt, die ich alle unterstreichen kann. Zur Personalisierung will ich nur sagen, dass natürlich sich niemand wundern darf, dass die Leute sich wenig für Europa interessieren, wenn man jemanden wie *Barroso* zum Chef macht, einen relativ mittelmäßigen, freundlichen und im Moment noch viel freundlicheren Politiker, der jetzt wahrscheinlich wieder dieses Amt inne

haben wird – nicht etwa, *obwohl* er so blass ist, sondern *weil* er so blass ist. Und die Menschen reagieren darauf ganz natürlich und intuitiv, indem sie halt wegschauen.

Hätte man jemanden anders dahin gesetzt, *Joschka Fischer* zum Beispiel, wäre das schon etwas anderes. Es gibt eine ganz Reihe charismatischerer Politiker in Europa als *Barroso*. Aber es ist nicht die Absicht der Staatschefs, sich die Schau stehlen zu lassen.

Wichtiger, und das ist jetzt anekdotisch, wichtiger finde ich für unsere Frage des Abends das Urteil aus Karlsruhe, das ich anders sehe als Professor *Tomuschat*. Nämlich nicht juristisch, sondern politisch, und ich glaube auch, das Karlsruhe immer mehr ein politisches Gremium geworden ist, was ich im Unterschied zu Ihnen nicht problematisch finde, sondern richtig.

Karlsruhe hat zwei Sachen gesagt, die aus meiner Sicht für dieses Thema hier von Bedeutung sind.

*Zum einen* hat Karlsruhe gesagt: Das Europäische Parlament ist mehr oder weniger irrelevant und deswegen müssen wir die Demokratie in Deutschland erhalten und verteidigen, weil sie in Brüssel und in Straßburg nicht stattfindet. Ich finde die Begründung auch problematisch, jedenfalls in dieser Absolutheit, mit der man sagt: Jeder Luxemburger ist zehn Mal so viel wert wie ein Deutscher. Es ist auch jeder Saarländer im Bundesrat (glaube ich) drei oder vier Mal so viel wert wie ein Nordrhein-Westfale. Insofern ist das kein sehr starkes Argument.

Trotzdem stimmt die Betrachtung des Verfassungsgerichts. Erstens: Das Europäische Parlament ist nicht sehr relevant und zweitens gibt es eben, was zu einer Demokratie dazu gehört, keine demokratische Öffentlichkeit von Belang. Damit meine ich jetzt nicht eine europäische Öffentlichkeit. Man kann in der Tat, wie *Nikolaus Blome* gesagt hat, streiten, ob man das braucht; aber die deutsche Bevölkerung, genau wie die französische Bevölkerung, weiß nicht viel von dem, was da geschieht. Und solange das so ist, bleibt ein Demokratie-Defizit. Die Leute reagieren auch richtig, weil sie spüren, das Parlament kann nicht so wichtig sein, wenn mir entweder der unbekannte Herr *Pöttering* entgegengrinst oder die aus anderen als nur politischen Gründen ständig plakatierte *Silvana Koch-Mehrin*. Die Leute wissen das, sie sehen das: Das ist das, was ihr uns anbietet, diese Leute gehen dahin, folglich kann es nicht wahnsinnig relevant für uns sein.

Hinzu kommt folgendes Problem: Wenn ich mich wirklich für Europa interessiere, sagen wir mal, ich möchte diese Sache mit den Glühbirnen wieder rückgängig gemacht bekommen oder dass die Bauern mehr Geld für ihre Milch erhalten – wen wähle ich dann? Das ist fast nicht zu erklären und es ist eher kompliziert, wie das in diesem Mischmasch am Ende entschieden wird.

*Den zweiten größeren Punkt des Verfassungsgerichts* finde ich noch interessanter und auch folgenreicher. Wenn ich das Urteil richtig verstehe, ist es das Ende der Finalitäts-Debatte, also der Vorstellung, dass alles das, was wir jetzt beim Zusammenwachsen der EU jeweils erleben, nur ein Zwischenschritt ist hin auf dem Weg zum eigentlichen Ziel eines Europäischen Bundesstaates.

Es wird verschieden interpretiert. Ich sage: Ja, das ist eine Interpretation, die ich, nach dem, was ich bisher weiß, teile und richtig finde. Denn: Wir haben bei Europa ein ganz besonderes Phänomen – nicht nur in Deutschland, aber bei uns besonders stark –, und zwar: Es gibt im Großen und Ganzen bei denen, die über Europa reden, zwei Fraktionen: die Europhoriker, also diejenigen, die diese Finalitätssache vertreten, und die Euroskeptiker wie die Engländer, die versuchen möglichst wenig Europa zu bekommen.

Das Auffällige daran ist, dass beide Gruppen schlecht über Europa reden. Den Europhorikern ist es nie genug. Immer wenn etwas geschieht, sagen sie: „Ja, das ist aber noch nicht das Perfekte, das ist noch nicht der Staat.“ Und natürlich zeigen sich immer wieder Defizite, die

daraus erwachsen, dass Europa weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund, sondern eine Mischung aus beidem ist. Euroskeptiker reden sowieso schlecht über Europa, oft auch polemisch. Wenn also beide relevanten Gruppen schlecht über Europa reden, dann muss man sich nicht wundern, dass die Leute das nicht besonders interessant finden.

Dass die Finalitätsdebatte nun nicht mehr eine solche Rolle spielt und durch dieses Urteil auch nochmals einen Rückschlag erlitten hat, ist insofern ein Vorteil, dass man nicht ständig Europa überformt und übernormt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der sich in den letzten Jahren für uns verändert hat. Die Leser, unsere Leser, fühlen sich nicht mehr verpflichtet, Zeitung zu lesen. Das war früher anders. Sie fühlen sich auch nicht mehr verpflichtet, gute Staatsbürger in jeder Hinsicht zu sein. Sie fühlen sich auch nicht verpflichtet, gute Europäer zu sein, man braucht also schon gute Argumente. Vor allem aber möchten sie beim Lesen von Artikeln nicht einen ständigen normativen Rückkopplungseffekt haben. Es gibt wenige Artikel, die so stark mit einem „Sollen“ überfrachtet sind wie die über Europa und die Kommentare dazu, wonach es eigentlich viel mehr sein muss und dass wir uns dahin bewegen müssen und du dich jetzt mehr interessieren musst!

Auf diese Tonlage reagieren die Leser sehr allergisch.

So, was können wir also tun, um in dieser Lage mehr Europa ins Blatt zu bringen, um dieses Problem zu bearbeiten, diese Kluft zwischen inszenierter und operativer Politik?

1. Wenig! Sie können keine implizite versteckte Kampagne in den Zeitungen gegen das führen, was die Leser empfinden, was die Politiker uns vorsetzen. Die Leser würden das nicht akzeptieren, sie würden die Zeitung nicht kaufen. Vor allem würden sie sich aber nicht missionieren lassen.

2. Was wir machen können und – wie ich finde – zu wenig machen: Ich bin seit Jahren dahinter her, dass wir unsere Kontrollfunktion gegenüber der europäischen Politik stärker wahrnehmen. Was da passiert, ist oft jedenfalls ja eigentlich ein Skandal. Wenn man hier – drüben in diesen Gebäuden in Berlin – ein politisches Ziel hat und dieses Ziel nicht offen im Bundestag erreicht, dann geht man über ein paar Tricks und Staatssekretäre nach Brüssel; dann kommt irgendwann nach einem undurchsichtigen Prozess diese Entscheidung als Brüsseler Entscheidung wieder hier an, d. h. Brüssel ist der „Dark-Room“ der Demokratie. Da ist es dunkel und da wird das dann gefummelt und die eigene Bevölkerung damit überfallen. Und erstaunlicherweise – ich weiß nicht, wie es bei Euch ist, *Nikolaus Blome* –, gibt es ganz wenig Kooperation zwischen den Hauptstadtbüros und den Brüsselbüros. Das ist ein Defizit, das ich mir nicht richtig erklären kann, höchstens damit, dass es eben wahnsinnig viel Arbeit macht. Man muss also hier quasi schon in den Ausschüssen stecken und sehen, wo es dann nicht mehr weiter geht und dann müsste man diejenigen beobachten, die das dann nach Brüssel transferieren und dann müsste der Brüsseler Korrespondent zeigen... Das kann man exemplarisch im Prinzip machen, um zu zeigen, wie das läuft, und um diesen Prozess, der ein bisschen undemokratisch ist im „Dark-Room“ der Demokratie, zu geißeln. Ich würde es als unsere Aufgabe ansehen, Licht in diese Vorgänge zu bringen.

3. Dann fände ich sehr wichtig, eine neue Tonlage für Europa zu finden. Der Streit darum, ob Europa gut ist oder schlecht, ist vorbei. Europa ist eine Realität, sie wird auch nicht wieder weg gehen, wird auch nicht zurückgehen. Es wird auch nicht perfektioniert werden. Diese beiden Varianten kann man – glaube ich – rausnehmen und deswegen realistisch über das reden, was wir jetzt genau wollen. Lissabon wird nämlich gewollt – und das ist auch gut und das ist auch richtig so. Aber dieser normative Überton muss raus. Was sich auch noch an der Tonlage ändern könnte, wäre der Ton zwischen den verschiedenen Staaten in Europa und auch zwischen den Medien; der ist nämlich immer noch sehr stark diplomatisch überformt,

so, wie verschiedene Staaten miteinander reden, höflich und freundlich, aber man mischt sich nicht zu sehr ein; aber: Die anderen sind keine fremden Staaten mehr, da ist schon mehr! Es müsste fast so robust zugehen und dadurch auch so interessant werden wie in der innerstaatlichen Politik. Ich finde, wir könnten mit *Sarkozy* auch als Medien genauso reden wie mit *Seehofer*. Es gibt da keinen wahnsinnigen Unterschied mehr. Trotzdem gibt es gerade in Deutschland so eine Neigung...

Ich hab jetzt gerade in den letzten Sätzen drei verschiedenen Phasen erlebt: Stimmung super, Stimmung schlecht, Stimmung super. Das ganze Höfisch-eunuchenhafte stößt die Leute natürlich auch ab. Ich finde, Robustheit muss uns da gar nicht erschrecken, sondern Robustheit ist ein Zeichen des Zusammenwachsens, dass man eben miteinander so umgeht. Man muss mit den Franzosen, den Polen und die mit uns genauso umgehen wie es der Realität entspricht, wo nämlich deren Handeln für uns unmittelbare Auswirkungen hat. Das sind nicht mehr „die da hinten“, mit denen man faktisch nur bei außenpolitischen Konferenzen miteinander zu tun hat, sondern das sind diejenigen, die unseren Alltag mitbestimmen, so wie wir den ihren.

Und wenn man das ein bisschen weniger mit Normativismus und ein bisschen mehr mit Neugier, etwas mehr mit Rauflust macht wie in der Innenpolitik, glaube ich, dass man dann auch Europa interessanter machen kann.

-----